

Windkraft: Heftige Kritik an NRW-Vorstoß

CDU und FDP für Neuregelung


Von Carsten Menzel

Hagen/Düsseldorf. Für ihre Bundesratsinitiative zur Einschränkung der Windenergie bläst der CDU-FDP-Landesregierung von zwei Seiten heftiger Gegenwind entgegen: 78 Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft, darunter die Hagener Mark-E, die Wittgensteiner New Energy-Gesellschaft, die Stadtwerke Lüdenscheid und der Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) protestieren gegen den Vorstoß von Schwarz-Gelb.

In ihrem Antrag, der heute in der Länderkammer in Berlin verhandelt werden soll, fordert Nordrhein-Westfalen die Wiedereinführung einer Öffnungsklausel im Baugesetzbuch – also im Bundesrecht –, nach der jedes Bundesland eigene Abstands Vorgaben für Windkraftanlagen einführen könnte.

1500 Meter Abstand?

Der Bund der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) geht davon aus, dass dann „die berüchtigten 1500 Meter aus dem NRW-Koalitionsvertrag rechtssicher umgesetzt würden“. Der LEE spricht von einem „systematischen Ausbremsen“ einer Zukunftsbranche mit 20.000 Arbeitsplätzen und hoher Wertschöpfung; der NRW-Vorstoß sei das Gegenteil der von der Landesregierung angekündigten Entfesselung der Wirtschaft. Beide Verbände, Energiewirtschaft und Umweltschützer kritisieren, dass das Vorhaben der Landesregierung das Gelingen der Energiewende gefährde; eine Neuregelung, wie sie NRW anstrebe, stehe auch „den klima- und energiepolitischen Zielen der Bundesregierung entgegen“.

 Alles über Streitfälle um Windkraftanlagen in der Region finden Sie unter: wp.de/windkraft

